Zeitschrift: Die Staatsbürgerin : Zeitschrift für politische Frauenbestrebungen

Herausgeber: Verein Aktiver Staatsbürgerinnen

Band: 15 (1959)

Heft: 7-8

Artikel: Für frauliche Mitarbeit in Fürsorge Kirche und Schule, aber nicht in der

Politik!

Autor: E.V.A.

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-845601

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 10.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

von 70 Jahren nicht zum Ziel geführt haben, müssten wir unsere Haltung grundsätzlich ändern.

Soweit die Ausführungen der Gertrud Derendinger.

Da die Broschüre nur 38 Seiten umfasst, kann sie auch der stets eiligen Frau zum Lesen empfohlen werden. F. Eichenberger, Uster

Für frauliche Mitarbeit in Fürsorge Kirche und Schule, aber nicht in der Politik!

(BSF) Wer hat diese Ueberzeugung nicht immer wieder ausgedrückt gehört, als die Propaganda für die Abstimmung vom 1. Februar 1959 über das Frauenstimmrecht ihre höchsten Wellen schlug? Wenn es aber darum geht, diese Ueberzeugung in die Praxis umzusetzen, dann hapert es! Sonst wäre es nicht möglich, dass die thurgauische Kirchenverfassung zwar seit Jahrzehnten die Wählbarkeit von Frauen in kirchlichen Behörden vorsieht, dass aber nach mehrfachen missglückten Versuchen erst in diesem Jahr in die Kirchenpflege von Burg bei Stein am Rhein zwei Frauen gewählt wurden.

Aehnliche Erfahrungen werden in den meisten Kantonen gemacht. Im Kanton Aargau zum Beispiel sieht das aargauische Schulgesetz die Wählbarkeit von Frauen in Gemeindeschulpflegen, Bezirksschulräte und in den kantonalen Erziehungsrat vor; tatsächlich wurden jedoch in den seither verflossenen beinahe zwanzig Jahren erst in 64 von insgesamt 233 Gemeinden, 87 Frauen in Schulpflegen gewählt. Dagegen haben die Frauen in den übrigen, die fast drei Viertel der aargauischen Gemeinden

bilden, in Schulangelegenheiten noch nichts zu sagen.

In Thun stellte sich kürzlich die Frage einer Mitarbeit der Frauen in der Spitaldirektion, die von zehn Frauenvereinen gefordert wurde. Das sei nicht möglich, wurde ihnen entgegnet, da die Spitaldirektion ein Gemeindeverband (d. h. wohl eine politische Behörde?) sei. Aber vielleicht werde die bernische Sanitätsdirektion ein Einsehen haben und dem Wunsche der Frauen entgegenkommen. In die Schulkommission der Pflegerinnenschule könne dann eine Vertreterin der Frauenvereine zugezogen werden, und ausserdem wurde den Frauen zugesagt, dass ihre Mitarbeit bei der Sammlung der Gelder für den Spitalneubau sehr erwünscht sei!

Quintessenz: die aufopfernde, mühselige und Ueberwindung kostende Bettelarbeit wird den Frauen nur allzu gern überlassen. Wenn es aber darum geht, eine einflussreiche Stelle in Direktionen und Kommissionen

einzunehmen, werden sie zurückgewiesen.

Die Präsidentin der aargauischen Frauenzentrale hat mit ihrer Bemerkung wohl den Nagel auf den Kopf getroffen: (Jetzt) "steigen in uns Frauen einige und wohl berechtigte Zweifel auf an der Aufrichtigkeit jener oft zu hörenden Meinung, für "Schule, Kirche und Fürsorge" sei unsere Mitarbeit willkommen".